

QUARTALSBERICHT

Projektland: Pakistan

Quartal/Jahr: III/2011

Schlagzeilen:

- Neuer Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen USA und Pakistan
- Ethno-politische Gewaltwelle in Karachi
- Neue Flutkatastrophe im Sindh

PAKISTAN

Neuer Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen USA und Pakistan

Seit Anfang des Jahres sind die diplomatischen Beziehungen zwischen Pakistan und den Vereinigten Staaten angespannt. Angefangen mit der Raymond Davis Affäre¹ über Drohnenangriffe bis hin zur „Operation Geronimo“, bei der US-Elite Einheiten in einer Kommandoaktion Al-Qaeda Chef Osama Bin Laden in der nordpakistanischen Kleinstadt Abbottabad aufspüren und töten², verschlechtern sich die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Alliierten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus kontinuierlich.

Für einen 20-stündigen Angriff auf die US-Botschaft und das NATO-Hauptquartier in Kabul am 13. September machen der amerikanische Botschafter in Pakistan, Cameron Munter, und der US-Generalstabschef, Admiral Mike Mullen, Mitte September das Haqqani-Netzwerk verantwortlich. Beide sprechen öffentlich die Vermutung aus, dass der pakistanische Geheimdienst (*Inter-Services Intelligence Directorate*, ISI) mit der Gruppe und dem Anschlag in Verbindung stehen.

Das Haqqani-Netzwerk um Sirajuddin Haqqani hatte in den 80er Jahren auf Seite der Mujahedin gegen die Sowjetunion gekämpft, ist jetzt jedoch Teil des losen Netzwerks verschiedener Talibangruppierungen in Afghanistan, die sowohl gegen die Präsenz ausländischer Truppen in Afghanistan als auch die Regierung von Präsident Karzai kämpfen. Am 21. September bezeichnet Mullen in einer Aussage vor dem Verteidigungsausschuss des US-Senats das Haqqani-Netzwerk als „verlängerten Arm“ des ISI und löst damit in Pakistan landesweit Empörung aus. In seiner Aussage macht er das Haqqani-Netzwerk – und somit indirekt den pakistanischen Geheimdienst –

¹ Vgl. [Quartalsbericht I/2011](#).

² Vgl. [Quartalsbericht II/2011](#), [Sonderbericht vom 02.05.2011](#).

auch für den Anschlag auf das Interconti-Hotel in Kabul im Juni dieses Jahres verantwortlich. Wie bereits in der Vergangenheit verlangt Mullen vom pakistanischen Militär ein entschiedenes Vorgehen in Nordwaziristan, das seit Jahren als Zuflucht- und Rückzugort des Haqqani-Netzwerks auf pakistanischer Seite der Grenze gilt. In der zweiten Septemberhälfte werden vermehrt Stimmen in den USA laut, die mehr oder weniger offen und aggressiv den pakistanischen Sicherheitsapparat der Zusammenarbeit mit militanten Widerstandgruppen in Afghanistan bezichtigen und eine Beendigung der strategischen Partnerschaft und der Hilfgeldzahlungen an Pakistan fordern.

Die Anschuldigungen werden von Vertretern der pakistanischen Regierung und des Militärs empört zurückgewiesen. Die neue Außenministerin Pakistans, Hina Rabbani Khar, kontert im Rahmen ihres Auftritts vor der UN-Vollversammlung am 22. September, dass das Haqqani-Netzwerk im Kampf gegen den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan auch ein früherer Partner des CIA gewesen sei. Auch Sirajuddin Haqqani, der Anführer des Haqqani-Netzwerks meldet sich in einem Interview zu Wort und bringt seine Loyalität gegenüber den Taliban unter Führung von Mullah Omar zum Ausdruck, nicht aber gegenüber der Regierung oder des Sicherheitsapparats Pakistans.

Angesichts dieser Entwicklungen und aufgrund der Ermordung des Vorsitzenden des Hohen Friedensrats, Prof. Burhanuddin Rabbani, am 20. September in Kabul suspendiert die afghanische Regierung den trilateralen strategischen Dialog mit den USA und Pakistan ebenso wie die laufenden Friedensverhandlungen mit den Taliban. Präsident Karzai nennt Verhandlungen mit Talibanvertretern aussichtslos und schlägt vor, sich im Rahmen des Friedensprozesses auf Gespräche mit Pakistan zu konzentrieren. Karzai mutmaßt öffentlich, dass auch Rabbanis Attentäter aus Pakistan kamen und/oder von dort gesteuert wurden.

Zum Quartalsende reist Karzai nach Indien und beschließt dort am 4. Oktober ein Abkommen über eine strategische Partnerschaft zwischen Afghanistan und Indien. Darin verpflichtet Indien sich gegenüber der afghanischen Regierung bei der Ausbildung von Sicherheitskräften in Militär und Polizei zu assistieren und Stipendien an afghanischen Studenten zu vergeben. Das Abkommen soll außerdem den bilateralen Handel zwischen Indien und Afghanistan vereinfachen.

Trotz Versicherungen der afghanischen Regierung, dass dies kein Versuch sei, Pakistan zu isolieren, stößt die Verabschiedung des strategischen Partnerschaftsvertrags in Islamabad auf Besorgnis und Unmut.

Während die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten Pakistan und Afghanistan weiterhin schwierig bleiben, rudert die US-Regierung zurück. Präsident Obama unterstützt Admiral Mullens Aussagen nicht und stellt in einer öffentlichen Rede klar, dass man sich der Beziehungen zwischen dem Haqqani-Netzwerk und dem pakistanischen Geheimdienst nicht sicher sei. Als bekannt wird, dass sich Vertreter der US-Regierung nur wenige Wochen vor dem Anschlag auf die US-Botschaft in Kabul mit Mitgliedern des Haqqani-Netzwerks getroffen haben, und dabei auch den ISI um Hilfe bei der Organisation des Treffens gebeten hatten, fallen die Argumente der USA in sich zusammen. Pakistan gelingt es zumindest innenpolitisch zu punkten und sich erfolgreich als Opfer einer neuerlichen amerikanischen Verleumdungskampagne darzustellen.

Ethno-Politische Gewaltwelle in Karatschi

Karatschi, Hauptstadt der Provinz Sindh und größte Handels- und Hafenmetropole Pakistans, wird von Anfang Juli bis Mitte September von einer ethno-politisch motivierten Gewaltwelle überzogen³. Politisch motivierte, ethnische Spannungen zwischen den *Muhajir*, den nach der Teilung Britisch-Indiens nach Pakistan emigrierten Muslime Indiens, und den aus Afghanistan und der Nordwestgrenze Pakistans zugewanderten Paschtunen halten seit Jahren an. Im Juli verschlechtert sich die Situation schlagartig und gerät außer Kontrolle. In den Sommermonaten sterben in Karatschi über 300 Menschen bei zielgerichteten Tötungen, Entführungen und Überfällen. Provinz- und Nationalregierung reagieren vorerst nur mit leeren Stellungnahmen und Schuldzuweisungen.

Die Krise in Karatschi ist für Pakistan von großer Bedeutung. Die Hafenstadt ist das industrielle, ökonomische und finanzielle Herz Pakistans und erwirtschaftet 25% des nationalen Bruttoinlandsprodukts. Die Unruhen legen das öffentliche Leben fast vollständig lahm: Firmen und Geschäfte bleiben geschlossen und das wirtschaftliche Leben der Stadt kommt zum Erliegen. Erst nachdem Forderungen nach einem Eingriff des Militärs laut werden initiiert die Regierung am 20. August zielgerichtete Operationen der Polizei und der paramilitärischen Ranger. Die Situation beruhigt sich schließlich Mitte September.

Anfang Oktober macht ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss, der die Drahtzieher und Hauptverantwortlichen der Gewaltwelle finden soll, seine Ergebnisse bekannt. In dem Bericht werden die vier größten und wichtigsten politischen Parteien der Stadt gleichermaßen in die Verantwortung genommen: die *Awami National Party* (ANP), die die Interessen der Paschtunen vertritt, das *Muttahida Qaumi Movement* (MQM), die von *Muhajir* dominiert wird, die regierende *Pakistan Peoples Party* (PPP) und die islamistische *Jama'at-i Islami* (JI). Der Bericht prangert auch das Unvermögen der Provinzregierung und der lokalen Polizeikräfte an. Öffentlichkeitskampagnen fordern die Entwaffnung der Zivilbevölkerung und eine Entpolitisierung der Polizeikräfte. Da die Gewaltwelle jedoch bereits am Abklingen ist, stößt der Bericht weder in der Politik noch in den Medien auf nennenswertes Interesse.

Neue Flutkatastrophe im Sindh

Im Juli 2010 stand ein Fünftel Pakistans aufgrund von unerwartet starken Monsunregenfällen im Nordwesten des Landes unter Wasser⁴. Etwa 20 Millionen Menschen in den Provinzen Khyber-Pakthunkhwa, Punjab und Sindh waren im vergangenen Jahr davon betroffen.

Auch in diesem Jahr verursachen starke Regenfälle Anfang August große Zerstörungen im Süden des Landes. In der Provinz Sindh sind mehr als 8,5 Millionen Menschen von der Flut betroffen und mehr als 1,5 Millionen Häuser werden beschädigt. Etwa 450 Menschen – darunter 115 Kinder – kommen binnen weniger Tage ums Leben. Eine halbe Million Menschen lebt auch mehr als zwei Monate nach den verheerenden Regenfällen noch immer in Notunterkünften. In weiten Teilen der Provinz gibt es keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Zudem besteht die Gefahr, dass sich die

³ Vgl. [Sonderbericht vom 30.08.2011](#).

⁴ Vgl. [Quartalsbericht III/2010](#).

Denguefieber-Epidemie, die den Punjab und vor allem die Provinzhauptstadt Lahore seit Anfang September heimsucht, auch auf den Sindh übergreift. Mehr als 300 Menschen sind landesweit bereits an der Krankheit gestorben, weitere 12.000 Verdachtsfälle wurden registriert.

Laut Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) werden durch die Flutkatastrophe drei Viertel der Ernte in der Provinz Sindh beschädigt oder zerstört. Die Ernteaufträge in der Kornkammer Pakistans belaufen sich auf ca. 1,4 Milliarden Euro. Weitere 110.000 Nutztiere fallen den Fluten zum Opfer. Landwirtschaftliche Erträge machen in Pakistan 23% des BIP aus. Die Ernteaufträge vernichten deshalb nicht nur die aktuelle und zukünftige Lebensgrundlage vieler Bauern, sondern werden sich auch auf das ökonomische Wachstum des Landes negativ auswirken.

AFGHANISTAN

Im Juli begann die erste Phase des Abzugs internationaler Truppen aus Afghanistan. Die Provinzen Bamian, Panjshir und Helmand sowie die Städte Herat, Mazar-e-Scharif, Lashkar Gar und Mehtar Lam werden in afghanische Sicherheitsverantwortung übergeben. Es schien, als könnten afghanische Armee und Sicherheitskräfte die Aufgabe mit internationaler Hilfe bewältigen. Der angelaufene Versöhnungs- und Friedensprozess mit den Taliban und anderen rivalisierenden aufständischen Faktionen schien für weitere Stabilität zu sorgen. Doch der scheinbare Frieden wurde in regelmäßigen Abständen von Anschlägen und zielgerichteten Tötungen von wichtigen Mitgliedern der afghanischen Führungsriege unterbrochen.

Mitte August verüben die Taliban einen Anschlag auf die britische Botschaft in Kabul. Am 13. September kommt es zum bislang gewagtesten Angriff auf die US-Botschaft und das NATO Hauptquartier in Kabul. Erst nach 20 Stunden können Sicherheitskräfte die Situation unter Kontrolle bringen. Die Angriffe auf strategische und symbolträchtige Ziele demonstrieren immer wieder, dass die Taliban über ausreichend Ressourcen, Know-how und Durchhaltevermögen verfügen, um den geordneten Abzug internationaler Truppen und die geordnete Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanische Regierung massiv zu stören.

Im Laufe des 3. Quartals verliert Präsident Karzai mehrere prominente Befürworter und Unterstützer seiner Politik. Nacheinander fallen Ghulam Haider Hamidi, Bürgermeister der Talibanhochburg Kandahar, Jan Muhammad Khan, politischer Berater Präsident Karzais und Abdul Wali Karzai, Bruder Karzais und Gouverneur der Provinz Kandahar, Selbstmordanschlägen zum Opfer. Der Tod Karzais Bruder Abdul Wali schwächt die afghanische Regierung, da ihr Einfluss in der ohnehin instabilen Provinz Kandahar damit weiter schwindet. Mit der Ermordung des früheren afghanischen Präsidenten und Vorsitzenden des Hohen Friedensrats, Prof. Burhanuddin Rabbani, am 20. September stirbt die letzte Hoffnung für eine baldige Friedens- und Dialoglösung des Konflikts. Als Vorsitzender des Friedensrats, der von Karzai im September 2010 mit dem Auftrag betraut wurde in Kontakt mit verschiedenen Talibanfraktionen zu treten, war Rabbani eine leitende und in allen Teilen des Landes respektierte Autorität. Die Karzai-Regierung bricht alle Verhandlungen mit den Taliban ab, eine Neuaufnahme der Gespräche ist nicht in Aussicht.

Dr. Martin Axmann

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Islamabad, Pakistan.

Bericht erstellt unter Mitarbeit von Sarah Holz, Programmkoordinatorin der Hanns-Seidel-Stiftung in Islamabad, Pakistan

IMPRESSUM

Erstellt: 17.10.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de